

Antrag 309/II/2024**Svenja Diedrich und weitere Delegierte (Jusos)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Ohne starke Online-Präsenz stirbt der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus!**

1 Das Abgeordnetenhaus soll den neuen Rundfunk-
2 staatsvertrag ablehnen, wenn er zu Einschränkungen
3 der Online-Angebote, gerade für junge Menschen, des
4 öffentlich-rechtlichen Rundfunks führt.
5 Darüber hinaus muss die SPD-Fraktion sowie die Par-
6 tei als solche sich stärker mit positiven Zukunftsvisionen
7 für einen ausfinanzierten und zukunftsfesten öffentlich-
8 rechtlichen Rundfunk auseinandersetzen und anschlie-
9 ßend einsetzen.

10

11 Begründung

12 Die Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rund-
13 funks, insbesondere auf Social Media, sind für junge Men-
14 schen heute unverzichtbar. Laut der Studie von SCHAU
15 HIN! informieren sich 86 % der 12- bis 18-Jährigen on-
16 line, wobei Social Media die wichtigste Informationsquel-
17 le darstellt. Eine aktuelle Untersuchung zeigt zudem, dass
18 88 % der 14- bis 29-Jährigen mindestens einmal pro Wo-
19 che Social Media nutzen. Plattformen wie Instagram sind
20 in dieser Altersgruppe mit 74 % regelmäßiger Nutzung
21 besonders stark vertreten. Formate wie die Tagesschau
22 auf Instagram zählen zu den erfolgreichsten Angebo-
23 ten, was die Reichweite bei jungen Menschen betrifft.
24 Das erfolgreichste Format der Tagesschau auf Instagram
25 zeigt, dass öffentlich-rechtliche Inhalte auch im digitalen
26 Raum hervorragend angenommen werden und eine brei-
27 te, insbesondere junge Zielgruppe erreichen. Wenn der
28 neue Rundfunkstaatsvertrag jedoch diese digitalen An-
29 gebote stark einschränkt, wird jungen Menschen der Zu-
30 gang zu verlässlichen, unabhängigen Informationen er-
31 heblich erschwert. Dies würde nicht nur die Mediennut-
32 zung, sondern auch die Meinungsvielfalt und die demo-
33 kratische Teilhabe gefährden. In Zeiten von wachsender
34 Desinformation und Fake News ist es entscheidend, dass
35 öffentlich-rechtliche Medien auch weiterhin auf Social
36 Media stark präsent bleiben. Ein Rückzug von diesen Platt-
37 formen würde eine ganze Generation von Bürger*innen
38 von verlässlichen Informationen ausschließen und die de-
39 mokratische Grundversorgung schwächen. Die Landesre-
40 gierung muss daher den Staatsvertrag ablehnen, wenn er
41 zu solchen Einschränkungen führt.